

KREISSTADT METTMANN Der Bürgermeister		Beschlussvorlage		Drucksachennummer 105.1/2013	
Wirtschaftsförderung, Flächenmanagement und Stadtmarketing		öffentlich		☒	
Bennemann, Lothar		nicht öffentlich		☐	

Gremium:	TOP-NR:	Datum:
Wirtschaftsförderungs- und Grundstücksausschuss		20.02.2013
Haupt- und Finanzausschuss	11	05.03.2013
Rat der Kreisstadt Mettmann	13	19.03.2013

Baulandbeschluss

Finanzielle Auswirkungen	Ja, zunächst externe Beratungskosten
Kosten	müssen noch ermittelt werden
Produkt	01.01.05 - Flächenmanagement
Haushaltsjahr	2013
Folgekosten	
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung	☐ ja ☒ nein
Deckungsvorschlag	

UMWELTBELANGE werden besonders berührt im Bereich:

☐ Abfall	☐ Wasserhaushalt	☐ Klima
☐ Boden	☐ Natur- und Artenschutz	☐ Emissionen / Immissionen

BESCHLUSSVORSCHLAG

Der Ausschuss empfiehlt, den Baulandbeschluss für die Stadt Mettmann umzusetzen. Die Haushaltsmittel für eine externe Beratung werden zur Verfügung gestellt. Zur Erarbeitung des Baulandbeschlusses wird eine Projektgruppe aus Verwaltung und Vertretern der politischen Parteien eingerichtet.

Abstimmungsergebnis:

Ja	Nein	Enthaltungen
----	------	--------------

CDU
 SPD
 Bündnis 90 – Die Grünen
 FDP
 UBWG
 Die Linke
 Bürgermeister

Verwaltungserläuterung:

Das Angebot vom 08.02.2013 zur externen Moderation beinhaltet zusammengefasst folgende Leistungen:

Baustein A

- vertiefende Bestandsaufstellung, zu den bisher erarbeiteten Eckdaten
- Notwendigkeiten und Ziele einer Zusammenfassung der kommunalen Baulandstrategie in Mettmann

Baustein B

- Erarbeitung des Grundsatzbeschlusses in maximal 4 Arbeitsgruppensitzungen (zusammengesetzt aus Politik und Verwaltung) einschließlich Vor- und Nachbereitung sowie Dokumentation der einzelnen Sitzungen
- ggf. Einbeziehung Dritter in den Erstellungsprozess

Baustein C

- Erstellung des konkreten Grundsatzbeschlusses zum kommunalen Bodenmanagement

Insgesamt wird – eine zeitnahe Beauftragung vorausgesetzt - davon ausgegangen, dass der Beschluss zum kommunalen Bodenmanagement in der Ratssitzung im Oktober 2013 gefasst werden kann.

Eine professionelle externe Beratung und Moderation des Prozesses ist wegen der Vielschichtigkeit, Bedeutung und Auswirkungen eines solchen Beschlusses aus Sicht der Verwaltung unerlässlich und zwingend erforderlich. Dies gilt z.B. auch hinsichtlich des dringenden Wunsches der Politik (Sozial- und Familienausschuss vom 12.02.2013) Belange des sozialen Wohnungsbaues zu berücksichtigen.

Das Angebot ist hinsichtlich der Auftragssumme noch nicht spezifiziert. Hier werden derzeit noch Gespräche geführt. Die Verwaltung wird in der Sitzung ergänzend informieren.